

Zwischenbericht zum 30. Juni 2011

04	Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen
07	Wirtschaftsbericht
08	Risikobericht
16	Prognosebericht

24	Bilanz zum 30. Juni 2011
26	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2011
28	Bericht des Réviseur d'Entreprises agréé
29	Versicherung der gesetzlichen Vertreter

32	Allgemeine Anmerkungen
32	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
32	Angaben zu Aktivposten
35	Angaben zu Passivposten
36	Angaben zu außerbilanziellen Posten
37	Sonderangaben

40	Mitglieder des Verwaltungsrats
40	Geschäftsleiter der Bank im Berichtsjahr
40	Réviseur Spécial

Zwischenlagebericht

02-21

Zwischenabschluss

22-29

Anhang

30-37

Gremien

38-40

04 **1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen**

04 1.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

04 1.2. Branchenspezifische Rahmenbedingungen

06 1.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

07 **2. Wirtschaftsbericht**

07 2.1. Entwicklung der Ertragslage

08 2.2. Entwicklung der Vermögenslage

08 2.3. Entwicklung der Finanzlage

08 **3. Risikobericht**

08 3.1. Organisation, Verantwortlichkeiten und Aufgaben des Risikomanagements

12 3.2. Risikomessung, -steuerung und -management wesentlicher Risikoarten der HPBI

14 3.3. Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

16 **4. Prognosebericht**

16 4.1. Gesamtwirtschaftliche Prognose

17 4.2. Branchenspezifische Prognose

18 4.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Prognose

Zwischenlagebericht

1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

1.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wie schon im Gesamtjahr 2010 wurde im Berichtszeitraum die Diskussion auf der makro-ökonomischen Ebene durch die finanzpolitischen Probleme in einer ganzen Reihe von Staaten dominiert. Neben Griechenland und Irland nimmt inzwischen auch Portugal Hilfen aus dem europäischen Stabilitätsmechanismus (EU-Rettungsschirm) in Anspruch. Für Griechenland wurde im Juli zur Vermeidung eines Zahlungsausfalls ein weiterer Rettungsschirm bereitgestellt. Zusätzlich sollen private Gläubiger durch freiwillige Umschuldungen mit niedrigerer Verzinsung und längeren Laufzeiten an der Sanierung des Staatshaushalts beteiligt werden. Neu ist im Berichtszeitraum die zunehmend kritische Beurteilung der fiskalischen Stabilität in den USA, trotz der noch erfolgten Einigung zur Anhebung der Schuldengrenze. Vor diesem Hintergrund diskutieren inzwischen alle wichtigen Ratingagenturen eine Herabstufung des Ratings auch von US-Anleihen. Anfang August wurden US-amerikanische Anleihen von Standard & Poor's (S&P) dann schließlich auf AA+ herabgestuft und Moody's setzte sie auf „negative watch“.

Entgegen einiger Befürchtungen blieben die (welt-)wirtschaftlichen Konsequenzen der Katastrophe im März 2011 in Japan sehr moderat, auch wenn durch dieses Ereignis einige internationale Liefer- und Produktionsketten für substanzielle Zeiträume unterbrochen worden waren. Aber selbst der vor der Katastrophe bei etwa 10.500 Punkten pendelnde Nikkei-Index hat sich von dem Tiefststand bei 8.605 Punkten wieder weitgehend erholt und peilte am Ende des Berichtszeitraums wieder die Marke von 10.000 an, fiel jedoch zwischenzeitlich wieder auf die Marke um 9.000 Punkte.

Realwirtschaftlich hat sich die Erholung nach dem Einbruch des Jahres 2009 fortgesetzt, wenn auch international in unterschiedlicher Ausprägung. Insbesondere in den Ländern mit den eingangs genannten Fiskalproblemen ist das Wachstum eher gering oder – wie in Irland und Griechenland – sogar negativ. In Deutschland wurde im Lauf des ersten Halbjahres 2011 das Produktionsniveau vor der Krise wieder erreicht. Dies ging mit einer weiteren Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt einher. Die Zahl der Arbeitslosen sank unter die

Marke von drei Millionen, die Quote betrug 7,0 % (EU 9,5 %). Demgegenüber verharrte die Arbeitslosenquote in den USA bei etwa 9 %.

Sowohl die oben genannten Entwicklungen im Bereich der Finanzpolitik als auch diese realwirtschaftlichen Unterschiede trugen im Berichtszeitraum zu einer recht deutlichen Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar bei, auch wenn hier eine volatile Entwicklung zu verzeichnen war.

Der Schweizer Franken hingegen verteuerte sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Euro massiv, was auf die Schuldenkrisen in der Eurozone und in den USA zurückzuführen ist.

1.2. Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankenbranche In den Ländern, in denen sich die Wirtschaft positiv entwickelte, stieg das Volumen der ausgereichten Kredite im ersten Halbjahr 2011 erstmals seit Ausbruch der Finanzkrise wieder an. Dennoch belastet die schwierige Situation in Griechenland die gesamte Bankbranche. Anhaltender Druck der Ratingagenturen auf weitere in den Fokus geratene europäische Staaten (Portugal, Irland, Italien und Spanien) belastet die Anleiheportfolios vieler Banken zusätzlich. Aufgrund der gleichfalls angespannten Situation des amerikanischen Staatshaushalts haben bereits viele institutionelle Anleger ihr Volumen an amerikanischen Staatsanleihen reduziert. Die gesamte Branche sucht nach Möglichkeiten der zusätzlichen Eigenkapitalbeschaffung, um die neuen Basel-III-Anforderungen für die Zukunft zu erfüllen. Als Folge der Finanzkrise haben insbesondere amerikanische Kreditinstitute noch mit Straf- oder Vergleichsverfahren mit Investoren von verbrieften Immobilienkrediten zu tun. In einigen Fällen wurden bereits erhebliche Schadenersatzzahlungen geleistet.

Finanzierung des öffentlichen Sektors Vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise und unter Würdigung der aktuell stark differierenden Bonitätseinstufungen einzelner Euroländer vollzieht sich auf dem Markt für öffentliche Finanzierungen ein tief greifender Strukturwandel.

Insgesamt steht der öffentlichen Finanzierungsnachfrage ein stabiles Angebot gegenüber, da führende Banken, die sich aus dem Markt zurückgezogen haben, durch andere Anbieter, wie regionale Banken, ersetzt wurden. Die Bedingungen in der Kreditprüfung haben sich deutlich verändert. Zwar gilt die öffentliche Finanzierung weiterhin als risikoarme und gesuchte Anlageklasse, vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise wird die Risikoeinschätzung der einzelnen Kreditnehmer aber wesentlich sensibler getroffen.

Viele Faktoren eines über die Jahre hinweg sehr stabilen Marktes für öffentliche Finanzierungen sind aktuell ungewohnt starken Veränderungen unterworfen. In den strategischen Kernmärkten des HRE Konzerns haben lokale und regionale Kreditinstitute die Hauptrolle im Finanzierungsmarkt des öffentlichen Sektors übernommen. Trotz paralleler Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Haushalte besteht für diese Kernmärkte eine anhaltend hohe Nachfrage nach Finanzierungen von öffentlichen Gütern oder Dienstleistungen wie zum Beispiel im Bereich des Gesundheitswesens, der Bildung sowie in Kultur und Sport. Darüber hinaus zeichnen sich zusätzliche Perspektiven durch einen zunehmenden Bedarf an Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ab (zum Beispiel Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und Umweltprojekte).

In Deutschland haben sich die Margen auf einem weiterhin niedrigen Niveau stabilisiert. Allerdings wird zwischen den unterschiedlichen Bonitäten stärker unterschieden. Dieser Trend dürfte mit Blick auf die ungelösten Probleme im Zusammenhang mit der Finanzsituation deutscher Städte und Kommunen anhalten und zu größerer Differenzierung führen. Die Finanzierung öffentlicher Projekte war bis 2010 insbesondere durch die Bedingungen des Konjunkturpaketes des Bundes geprägt. Förderfähige Investitionen wurden kurzfristig vorgezogen. Public-Private-Partnership („PPP“) Projekte dagegen, die sich in der öffentlichen Vergabe als langwierig erwiesen, wurden zurückgestellt. Mittlerweile ist im Bereich der öffentlichen Investitionsfinanzierung im Wege der PPP wieder eine leichte Zunahme zu verzeichnen.

In Frankreich haben sich die Margen weiter durch eine größere Zurückhaltung von einzelnen lokalen Marktteilnehmern im ersten Halbjahr des Jahres 2011

erholt. In Spanien ist die Nachfrage durch ein im Jahr 2010 auferlegtes Schuldenneuaufnahmeverbot für spanische Kommunen beschränkt. Dennoch bleiben die Margen im Direktgeschäft mit den bonitätsstärkeren spanischen Regionen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen, gemessen an deren Fundamentaldaten, sehr hoch. Da der Höhepunkt notwendiger Anschlussfinanzierungen für Spanien noch bevorsteht, wird von einem im historischen Vergleich insgesamt weiterhin hohen Margenniveau ausgegangen. In Italien erlaubt die Anpassung gesetzlicher Höchstzinsen für Kommunen und Regionen ebenfalls die Durchsetzung höherer Margen als im Jahr 2010. Insgesamt zeigt sich im ersten Halbjahr, dass die meisten EU-Staaten ihre Konsolidierungsbemühungen vorantreiben.

Refinanzierungsmärkte Die internationalen Refinanzierungsmärkte waren im ersten Halbjahr 2011 durch ein starkes Aufkommen im Bereich der besicherten Emissionen (Covered Bonds) gekennzeichnet. Allein im Januar wurden über 40 Mrd. € Covered Bonds neu platziert, das höchste je erreichte Volumen in einem Monat. Der Großteil der Emissionen konnte sehr erfolgreich am Markt platziert werden. In der laufenden, sehr unterschiedlichen Performance spiegelt sich jedoch die Verunsicherung der Investoren durch die Staatsschuldenkrise wider.

Der Trend zu besicherten Emissionen wird durch die anhaltende Diskussion um die mögliche Beteiligung privater Gläubiger bei der Restrukturierung von Staatspapieren in Verbindung mit den neuen Regularien (Basel III für Banken und Solvency II für Versicherungen) weiter verstärkt. Als Konsequenz dieser Entwicklung waren Emissionen im unbesicherten Bereich deutlich schwieriger im Kapitalmarkt abzusetzen.

Beeinflusst von der hohen Emissionstätigkeit am internationalen Kapitalmarkt startete der Privatplatzierungsmarkt für deutsche Banken eher schwach. Die Investoren bevorzugten die öffentlichen Platzierungen aufgrund von Liquidität und Risikoaufschlag und versuchten darüber hinaus, ihre Portfolios geografisch zu diversifizieren.

Auch der Verbriefungsmarkt hat sich im ersten Halbjahr 2011 noch nicht grundlegend erholt. Das Vertrauen der Investoren ist bisher nicht zurückgekehrt.

1.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

1.3.1. Wesentliche Ereignisse

Liquiditätssituation Die Liquidität der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. (HPBI) wird durch die DEPFA Bank plc, Dublin, (DEPFA) sichergestellt.

Verfahren bei der Europäischen Kommission Die Europäische Kommission hat am 18. Juli 2011 die staatlichen Beihilfen der Bundesrepublik Deutschland für die HRE genehmigt. Die Entscheidung der Europäischen Kommission bezieht sich auf alle zugunsten der HRE seit dem Herbst 2008 gewährten Beihilfeelemente, das heißt Kapitalisierungen, Garantielinien und die Übertragung von Vermögenspositionen auf die Abwicklungsanstalt FMS Wertmanagement AöR (FMSW), und sieht hierzu entsprechende Kompensationsmaßnahmen durch die HRE vor, insbesondere eine bereits weitgehend erfolgte Reduzierung der Bilanzsumme des Konzerns Deutsche Pfandbriefbank.

Sowohl der Konzern Deutsche Pfandbriefbank als auch der DEPFA Teilkonzern beziehungsweise dessen Gesellschaften und/oder Kreditportfolios müssen mittelfristig veräußert werden. Maßnahmen zur Entflechtung der Einheiten des DEPFA Teilkonzerns von den übrigen Gesellschaften der HRE wurden bereits eingeleitet.

Die Gesellschaften des DEPFA Teilkonzerns verzichten bis zu ihrer Reprivatisierung auf Neugeschäftstätigkeit. Ausgenommen davon sind Maßnahmen zur Wert-erhaltung, zur effizienten Verwaltung der Deckungsstöcke sowie aufsichtsrechtlich oder aus sonstigen rechtlichen Gründen erforderliche Geschäfte, insbesondere im Rahmen des Risiko- und Refinanzierungsmanagements sowie im Rahmen der Verwaltung der Deckungsstöcke. Den Gesellschaften des DEPFA Teilkonzerns steht es frei, auch über den 30. September 2013 hinaus Serviceleistungen für die FMSW zu erbringen.

Darüber hinaus macht die Europäische Kommission die vollständige Erfüllung der von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) auferlegten Zahlungsaufgabe in Höhe von 1,59 Mrd. € zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen im Zusammenhang mit der Nutzung der Abwicklungsanstalt zu einer Auflage im Rahmen des Beihilfeverfahrens. Die Zahlungsaufgabe

wird im Ergebnis zu einer nachträglichen Kaufpreisanpassung bei den Gesellschaften der HRE führen, die Vermögenswerte auf die FMSW übertragen haben. Die FMSA hat zwischenzeitlich die Zahlungsaufgaben gegen die einzelnen Tochtergesellschaften der HRE mit Bescheid vom 11. August 2011 bzw. geändertem Bescheid vom 18. August 2011 konkretisiert. Danach entfallen auf die HPBI 27 Mio. €, die in zwei Tranchen im September 2011 auszukehren sind.

1.3.2. Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

Allgemein Während des laufenden Genehmigungsverfahrens bei der Europäischen Kommission über das Hilfspaket des Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) für den HRE Konzern verzichtete die HPBI weiterhin auf Kreditneugeschäft und Emissionstätigkeit.

Das Hauptaugenmerk der Bank lag auch im ersten Halbjahr 2011 auf der jederzeitigen Sicherstellung der Liquidität und auf einer ertragsschonenden Portfolio-reduzierung. Die Refinanzierung der HPBI besteht mittlerweile überwiegend aus lettres de gage (LdG) und der zur Erfüllung der Anforderungen an die Bonität des Deckungsstocks notwendigen unbesicherten Refinanzierung, die überwiegend mit der Muttergesellschaft, DEPFA, erfolgt. Die hohe Qualität der Vermögensgegenstände erlaubt allerdings weiterhin auch Tendergeschäfte mit der Zentralbank.

Rating Im ersten Halbjahr 2011 und bis zum 5. August 2011 blieben die Bankratings der HPBI unverändert. Bei den Ratings der LdG kam es zu folgenden Veränderungen:

S&P senkte das Rating der LdG der HPBI von AA auf AA-, hob den „negative watch“ auf und erteilte einen stabilen Ausblick.

Die Genehmigung der Beihilfen für die HRE Gruppe durch die Europäische Kommission hatte keine unmittelbare Auswirkung auf die Ratings der HPBI.

Auf Basis der angewandten Ratingmethoden profitieren die derzeitigen Ratings der Banken des DEPFA Teilkonzerns unter anderem von Verbindungen zwischen DEPFA und FMSW, die aus der Übertragung von Vermögensgegenständen und der damit verbundenen Erbringung von Dienstleistungen für die FMSW durch

die DEPFA resultieren. Unter den gegebenen Voraussetzungen erachten wir für diese Banken das bestmögliche Ratingniveau als erreicht.

Die aktuellen Ratings der HPBI und der LdG sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Emittentenratings und Ratings für LdG der HPBI (Stand 5. August 2011)

		Standard & Poor's ¹
HPBI	Langfrist-Rating	BBB
	Ausblick	Stabil
	Kurzfrist-Rating	A-2
LdG		AA-

Gesellschaftsrechtliche Veränderungen Der Verwaltungsrat der HPBI hat im ersten Halbjahr 2011 in mehreren Sitzungen und Umlaufbeschlüssen, gemäß der Satzung

und Geschäftsordnung der Bank, über berichtspflichtige Vorgänge beraten und dazu Entscheidungen getroffen. Hierbei waren nicht nur die Verabschiedung des Jahresabschlusses 2010, sondern auch die strategischen Perspektiven der Bank sowie weitere Möglichkeiten zur Portfolioreduzierung Hauptthemen.

Die Generalversammlung vom 14. April 2011 hat Herrn Thomas Glynn mit sofortiger Wirkung in den Verwaltungsrat berufen. Die Mandate aller weiteren Verwaltungsratsmitglieder wurden turnusgemäß um ein Jahr verlängert.

Die Geschäftsführung hat zu jeder Zeit die lokale Aufsichtsbehörde Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF), die Banque Centrale du Luxembourg (BCL) sowie die externen Prüfer und Treuhänder über die Entwicklungen im Konzern und in der Bank umfassend und zeitnah informiert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklung der Ertragslage

Die Entwicklung der einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung für den Berichtszeitraum vom

1. Januar bis zum 30. Juni 2011 ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform

in Tsd €		30.06.2011	30.06.2010
Zinsüberschuss		5.353	5.650
Provisionsergebnis		-121	-1.644
Nettoertrag aus Finanzgeschäften		-127	300
Personalaufwand	-658		-646
Andere Verwaltungsaufwendungen	-1.702		-1.322
Abschreibungen auf Sachanlagen	-59		-61
Verwaltungsaufwand		-2.419	-2.029
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen		613	186
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge		3.299	2.463
Kursgewinne/Verluste aus Anlagebestand		1	2
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge		3.300	2.465
Steuern		-742	-314
Jahresüberschuss		2.558	2.151

Der Zinsüberschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € verringert. Dies ist bedingt durch die rückläufigen Bestände im Kerngeschäft.

Das Provisionsergebnis verbesserte sich um 1,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahresvergleich durch den Wegfall der Gebühren für die Finanzierungsfazilitäten durch den SoFFin, die sich im Vorjahreszeitraum noch in Höhe von 1,4 Mio. € niedergeschlagen hatten.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich um 0,4 Mio. € auf 2,4 Mio. €. Dieser Anstieg ist insbesondere durch erhöhte Kosten für durch gruppenzugehörige Gesellschaften erbrachte Dienstleistungen verursacht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Auflösungen aus Steuerrückstellungen aus Vorjahren in Höhe von 0,5 Mio. €.

2.2. Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der HPBI belief sich zum 30. Juni 2011 auf 4.273 Mio. €, nach 4.640 Mio. € zum 31. Dezember 2010.

Der Forderungsbestand einschließlich Wertpapieren beträgt 3.227 Mio. €. Das entspricht gegenüber dem 31. Dezember 2010 (3.651 Mio. €) einem Rückgang um 11,6 %.

Der Rückgang des Forderungsbestandes ist im Wesentlichen durch Fälligkeiten im Berichtszeitraum begründet. Derivative Finanzinstrumente werden grundsätzlich nur zur Absicherung gegen Risiken aus Marktveränderungen eingesetzt.

Sämtliche Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet und werden dort nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Wertberichtigungen wegen

voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen mussten nicht vorgenommen werden.

2.3. Entwicklung der Finanzlage

Die Kapitalstruktur der HPBI zum 30. Juni 2011 ist weiterhin solide; alle laufenden Verpflichtungen können erfüllt werden. Die Verbindlichkeiten weisen eine ausgewogene Fristenstruktur auf.

Die Refinanzierungsmittel betragen 4.007 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahresende (4.362 Mio. €) entspricht dies einer weiteren Reduzierung um 8,1 %.

Im ersten Halbjahr 2011 wurden weder öffentliche Inhaberpfandbriefe noch Namenspfandbriefe emittiert.

Das bilanzielle Eigenkapital belief sich zum Stichtag auf 128,7 Mio. € nach 126,1 Mio. € zum Vorjahresende.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen Die HPBI weist auch bankenaufsichtsrechtlich zum 30. Juni 2011 eine solide Eigenkapitalausstattung auf. Das haftende Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2011 auf 179,1 Mio. € (31. Dezember 2010: 178,8 Mio. €). Die Eigenmittelquote (Minimum: 8 %) liegt zum Stichtag bei 88,70 % und die Kernkapitalquote beträgt 71,92 % (31. Dezember 2010: 48,98 % / 39,70 %).

Liquidität Die HPBI hat jederzeit die aufsichtsrechtlich vorgegebene Liquiditätskennzahl eingehalten. Diese Kennzahl setzt die liquiden Aktiva ins Verhältnis zu den fälligen Verbindlichkeiten. Die Liquidität gilt als ausreichend, wenn die fälligen Verbindlichkeiten zu mindestens 30 % durch anrechenbare Aktiva gedeckt sind. Die Bank wies zum Stichtag eine Liquiditätskennziffer von 63,39 % auf (31. Dezember 2010: 65,71 %).

3. Risikobericht

3.1. Organisation, Verantwortlichkeiten und Aufgaben des Risikomanagements

Die HRE hat ein konzernweites Risikomanagement- und Risikocontrollingsystem eingerichtet. Alle Aufgaben gemäß § 25a des deutschen Kreditwesen-

gesetzes (KWG) im Bereich der einheitlichen Risikoidentifizierung, -messung und -limitierung sowie des Risikomanagements werden von der HRE Holding zentral vorgegeben. Die operative Umsetzung obliegt dem jeweiligen Tochterinstitut.

Organisation und Komitees Der Vorstand der HRE Holding trägt die Verantwortung für das konzernweite Risikomanagementsystem und entscheidet über alle Strategien sowie die wesentlichen Fragen des Risikomanagements und der Risikoorganisation des Konzerns. Alle wesentlichen Kriterien werden nachvollziehbar und systematisch identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert, dokumentiert und kommuniziert. Sie werden auf Basis einer definierten, jährlich überarbeiteten Risikostrategie überwacht.

Wesentliche vom Vorstand zu verantwortende Komponenten des Risikomanagementsystems sind insbesondere:

- Festlegung, Aktualisierung und Kommunikation von Geschäfts- und Risikostrategien als Grundlage der Geschäftsaktivitäten und Risikopraxis für alle Einheiten in der HRE.
- Festlegung und Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen innerhalb der HRE und insbesondere für das Risikomanagement zur Gewährleistung der Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken.
- Verabschiedung von Kreditkompetenzen als Entscheidungsrahmen entlang der Kreditprozesse.
- Entscheidung über (Portfolio-) Steuerungsmaßnahmen außerhalb der übertragenen Kompetenzen.

Das Risikomanagement der HRE ist zentral organisiert und umfasst neben Vorstand und Aufsichtsrat mehrere Komitees, die vom Vorstand der HRE Holding und dem Vorstand der Töchter etabliert wurden. Hinsichtlich ihrer Bedeutung für die HPBI sind hier folgende Gremien zu nennen:

Zusammensetzung und Aufgaben des Risk Committee (RC), des Credit Committee und des Liquidity Committee (LC) der HRE haben sich im Vergleich zum letzten Berichtsstichtag nicht wesentlich geändert und können dem Risikobericht als Teil des Geschäftsberichts der HPBI 2010 entnommen werden.

Das Asset and Liability Committee (ALCO) der HRE ist unter Vorsitz des zuständigen Vorstandsmitglieds für Treasury und Asset Management mit dem Chief Risk Officer (CRO), dem Chief Financial Officer (CFO), den Leitern der Bereiche Treasury, Finance, Risk Manage-

ment & Control (RMC) sowie dem für Treasury zuständigen Vorstandsmitglied der DEPFA besetzt und tagt monatlich. Die Aufgaben umfassen das Liquiditätsmanagement, das Management der Bilanzstruktur, die Ermittlung der Verrechnungspreise sowie die Steuerung von Marktrisiken und regulatorischen Kapitalquoten.

Das ALCO der DEPFA erstellt Entscheidungsvorlagen für Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategien für den Vorstand des DEPFA Teilkonzerns.

Zur lokalen Steuerung der oben genannten Größen im Rahmen der Konzernvorgaben hat die HPBI ein ALCO eingerichtet, das bei Bedarf tagt und sich aus der Geschäftsführung sowie Mitarbeitern der Bereiche Treasury und RMC zusammensetzt.

Neben den oben genannten Komitees bilden folgende – aus der Perspektive der HPBI relevante – Organisationseinheiten des CRO einen integralen Bestandteil des Risikomanagementsystems des HRE Konzerns, in das die HPBI eingebunden ist:

- RMC, das unter anderem konzernweit Markt-, Adress-, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken überwacht und auch für konzernweit einheitliche Risikomesstethoden, Risikoberichte und Kreditprozesse verantwortlich ist.
- Credit Officers Public Sector, Financial Institutions & Value Portfolio I, die jeweils das Bestandsmanagement sowie die Analyse des selektiven Neugeschäfts zur Aufgabe haben.

Die in der HPBI für Risikosteuerung und -reporting verantwortliche Einheit ist organisatorisch Teil von RMC und untersteht lokal dem für die Marktfolge zuständigen Geschäftsführer.

Risikostrategie und Policies Die Risikostrategie basiert auf der Geschäftsstrategie und den Ergebnissen des konzernweiten Finanzplanungsprozesses. Sie gilt für die Geschäftssegmente und rechtlichen Einheiten der HRE und bildet ferner den Rahmen für die Risiko- und Geschäftsstrategien der Geschäftssegmente der HRE sowie für das konzernweite Risikohandbuch. Die Risikostrategie wurde im Dezember 2010 durch den Vorstand der HRE Holding verabschiedet, im Juni 2011

aktualisiert und wird dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrats der HRE zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Eingebettet in die Risikostrategie des Konzerns, ergibt sich für die HPBI als Teil des DEPFA Teilkonzerns folgende Risikostrategie:

- weitere Reduktion des Portfolios bzw. der Bilanzsumme durch sukzessive Fälligkeiten der Bestände, ggf. aus selektiven Wertpapierverkäufen.
- Neue Emissionen von Pfandbriefen (LdG) und Bestandsaufbau im Deckungsstock sind weiterhin nicht geplant. Falls allerdings rechtlich oder ratingbedingt erforderlich, werden im Rahmen des Deckungsstockmanagements ausgewählte Papiere dem Deckungsbestand hinzugefügt oder gegen andere Titel ausgetauscht.
- Steuerung des Ratings der LdG der HPBI in Übereinstimmung mit Konzernvorgaben.
- Sicherstellung der Refinanzierung und deren kostenoptimale Darstellung über die Laufzeit des Portfolios.
- Stabilisierung des Mitarbeiterstabs der HPBI.
- Verstärkte Integration in den HRE Konzern / DEPFA Teilkonzern, z. B. durch Migration auf das in der DEPFA eingesetzte Handelssystem SUMMIT (Projekt HPBI Migration SUMMIT) und Adaption der dort eingesetzten Reportingsysteme für den Standort Luxemburg.

Operativ konkretisiert wird die Risikostrategie in der HRE über Risiko-Policies für die einzelnen Geschäftssegmente sowie für alle wesentlichen Risikoarten (Adress-, Markt-, Liquiditäts- und operationelles Risiko).

Diese Policies beschreiben detailliert Risikomessung, -überwachung und -management, den Limitierungsprozess sowie den Eskalationsprozess im Falle einer Limitüberschreitung; sie werden regelmäßig überprüft und ggf. aktualisiert.

Ergänzend zu den Policies gelten lokal weitere HPBI-spezifische Regelwerke, wovon das Risikohandbuch (Darstellung der Konzeption), das Manual „Risiko & Coverpool Report“ und das „Liquidity Manual“ (detaillierte Beschreibung einschlägiger Arbeitsprozesse und regelmäßig erstellter Reports) die wichtigsten sind.

Risikoberichtswesen Im Rahmen der Konzernvorgaben und der lokalen Vorschriften verantwortet RMC in der HPBI unter anderem folgende Aufgaben:

- tägliche Risikomessung und -überwachung der Markt-, Kredit-, Kontrahenten-, und Liquiditätsrisiken – im Wesentlichen auf Basis eines Value-at-Risk (VaR-)Ansatzes – sowie Ermittlung des wirtschaftlichen Ergebnisses. Dazu werden ein Profit & Loss und Risk Report, Cover Pool Report sowie Liquidity Reports erstellt und an die lokale Geschäftsführung, Mitglieder des Verwaltungsrates der HPBI, RMC München, RMC Dublin, das lokale Treasury, Operations und Accounting versandt. Die Überwachung der Kredit- und Kontrahentenrisiken ist an RMC Credit Risk ausgelagert. Die BCL erhält wöchentlich die Berichte zum Deckungsstock und zum Liquiditätsrisiko der HPBI.
- wöchentliches und monatliches Reporting der wichtigsten Kennzahlen des Deckungsstocks an die Ratingagentur S&P.
- monatliche Erstellung des Covered Bond Report, des Maturity Profile Report, und der Total Assets List, jeweils für S&P, Asset / Liability Management der Deutschen Pfandbriefbank AG (pbb), München, und das lokale Treasury.
- unabhängige Kontrolle der zur Risiko- und Ergebnismessung verwendeten Parameter.
- Implementierung der vom zentralen RMC vorgegebenen Steuerungskonzepte, insbesondere des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP). Im Berichtszeitraum wurde der Liquiditätsrisikobericht um ein Stressszenario ergänzt und das ICAAP-Reporting weiter verbessert.

Über dieses Reporting hinaus werden anlassbezogen für die Geschäftsleitung und den Verwaltungsrat Spezialberichte erstellt, die auf spezifische und akute Risikofokuspunkte eingehen.

Risikoquantifizierung, Risikosteuerung und -management Risiken werden – insbesondere auch im Hinblick auf die Ermittlung des ökonomischen Kapitals – für die wesentlichsten Risikoarten (außer dem Liquiditätsrisiko) nach dem VaR-Ansatz quantifiziert. Die einzelnen Berechnungsmethoden sind ausführlich im Risikobericht im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ beschrieben.

Weitere, im Rahmen der regelmäßigen internen Risikoinventur als wesentlich erachtete Risikoarten, wie strategische, regulatorische und Modellrisiken sowie die als immateriell erachteten Pensions-, Beteiligungs- und Immobilienrisiken, werden nicht quantitativ gemessen, aber über regelmäßige detaillierte Berichte und klare Vorgaben (wie zum Beispiel die Vorschriften zu Compliance und zur Corporate Governance) gesteuert und begrenzt.

Die HPBI steuert ihre Risiken auf Buch- und Einzelgeschäftsebene durch:

- Überwachung der Risikotragfähigkeit auf Basis des Vergleichs des ökonomischen Kapitals und der Risikodeckungsmasse der HPBI, auch unter Berücksichtigung von Stresstestergebnissen. Risikoquantifizierung unter ICAAP und korrespondierendes Stress Testing ist an den Bereich RMC der pbb ausgelagert, der dies konzernweit verantwortet.
- Überwachung der Risikoaktiva (RWA) auf Portfolioebene über Stresstests, die gewährleisten sollen, dass die Kernkapitalquote nach Basel II nicht unter 10 % sinkt.
- Operative Risikosteuerung über:
 - ein verbessertes Limitsystem für Kontrahenten- und Emittentenrisiken auf Basis einer markterprobten Standardapplikation mit konzernweit einheitlicher Risikomessmethodik.
 - intensive Überwachung und Management von Einzeladressen.
 - Überprüfung der Verlustgefahr durch entsprechende Impairment-Trigger nach IAS 39.

Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit Der HRE Konzern hat eine auf dem internen Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP) basierende Risikotragfähigkeitsanalyse etabliert.

Die Prüfung der internen Kapitaladäquanz stützt sich auf das Konzept des ökonomischen Kapitals. Die Methodik zur Berechnung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt zum einen aufsichtsrechtliche Anforderungen (Basel-II-Säule 2, deutsche Mindestanforderungen an das Risikomanagement – MaRisk) und zum anderen die Geschäftstätigkeit der Bank. Für die HPBI gelten darüber hinaus die Anforderungen aus Basel II, Säule 2, in ihrer Konkretisierung gemäß den

einschlägigen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen in Luxemburg (vgl. zum Beispiel Rundschreiben CSSF 07/301, 06/273, 08/338 und 09/403). Diese schreiben eine angemessene interne Kapitalisierung vor.

Das ökonomische Kapital wird definiert als die Menge an Kapital, die eine Bank benötigt, um den größten potenziellen unerwarteten Gesamtverlust mit einer definierten Wahrscheinlichkeit über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. Die Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99,95 % wird im Risikobericht des Geschäftsberichts 2010 detailliert begründet.

Die einzelnen, spezifischen Berechnungsmethoden des VaR für die einzelnen Risikoarten sind im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ näher erläutert. Für das Liquiditätsrisiko wird – wie branchenüblich – kein ökonomisches Kapital berechnet; das Risiko wird jedoch in Stressszenarien berücksichtigt.

Zur Bewertung der Angemessenheit der Kapitalausstattung der HRE wird die Höhe des ökonomischen Kapitals den der Bank zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, der sogenannten Risikodeckungsmasse, innerhalb eines Jahres gegenübergestellt. Die Definition der verfügbaren Risikodeckungsmasse für ein Jahr beinhaltet branchenübliche Komponenten wie im Wesentlichen das bilanzielle Eigenkapital nach IFRS und eigenkapitalähnliche Komponenten (Nachrang- und Hybridkapital mit einer Haltedauer von mindestens einem Jahr). Diese Komponenten sind dazu geeignet, mögliche Verluste abzufedern und einen entsprechenden Risikopuffer aufrechtzuerhalten. Die Risikodeckungsmasse muss in jedem Fall größer sein als das ökonomische Kapital.

Die auf Basis des ICAAP größte Risikoart (gemessen am ökonomischen Kapital und ohne explizite Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos) ist das Adressrisiko, auf das 58 % des undiversifizierten ökonomischen Kapitals entfallen.

Die Ergebnisse des Kapitaladäquanzverfahrens und der Stresstests werden dem Senior Management (zum Beispiel Verwaltungsrat der HPBI) regelmäßig vorgestellt, das dann gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festlegt.

3.2. Risikomessung, -steuerung und -management wesentlicher Risikoarten der HPBI

Die HPBI unterscheidet im Hinblick auf ihre Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risikoarten:

- Adressrisiko
- Marktrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko

Für alle Risikoarten, außer dem Liquiditätsrisiko, wird ökonomisches Kapital berechnet. Szenarien des Liquiditätsrisikos werden jedoch unter anderem im Rahmen von Stresstests im Zusammenhang mit der Überprüfung der Risikotragfähigkeit auf HRE Konzernebene sowie auf Ebene der HPBI berücksichtigt.

Wesentliche Risikoarten, die nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Berichte, Vorgaben und Policies begrenzt werden, sind:

- Strategische Risiken
- Reputationsrisiken
- regulatorische Risiken
- Modellrisiken

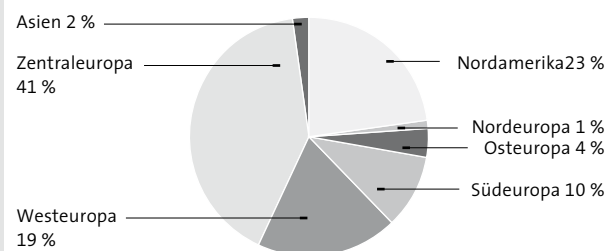
3.2.1. Adressrisiko

Definition Wir verweisen auf die ausführliche Darstellung im Kapitel „Adressrisiko“ des Risikoberichtes im Geschäftsbericht 2010 der HPBI.

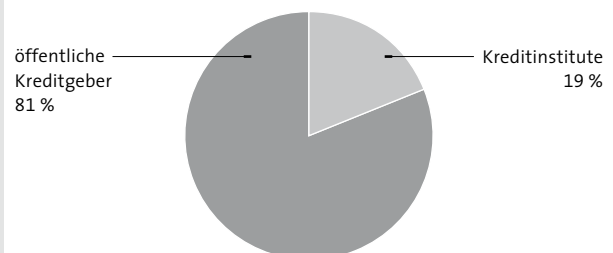
Kreditportfolio nach Regionen und Branchen Die Kreditrisiken entfallen fast ausschließlich auf öffentliche Kreditnehmer und Banken in OECD-Mitgliedstaaten. Die Auslastung sämtlicher Kreditlinien steht für jeden einzelnen Kontrahenten und auch aggregiert online auf Marktwertbasis zur Verfügung.

Die Aufteilung des Kreditportfolios stellt sich zum 30. Juni 2011 wie folgt dar:

Aufteilung des Kreditportfolios nach Regionen



Aufteilung des Kreditportfolios nach Kreditnehmer



Herkunft und Management von Kontrahentenrisiken Wir verweisen auf die ausführliche Darstellung im Kapitel „Adressrisiko“ des Risikoberichtes im Geschäftsbericht 2010 der HPBI.

Steuerung von Länderrisiken Wir verweisen auf die ausführliche Darstellung im Kapitel „Adressrisiko“ des Risikoberichtes im Geschäftsbericht 2010 der HPBI.

Adressrisikoquantifizierung über das ökonomische Kapital sowie der Risikoaktiva nach Basel II

Kreditportfoliomodell Die HPBI setzt für die Berechnung des ökonomischen Adressrisikokapitals (Adressrisiko-VaR) ein Kreditportfoliomodell ein, das im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ näher beschrieben ist.

Stresstests Die Stresstests zum ökonomischen Kapital im Adressrisiko werden im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ näher erörtert.

Ökonomisches Adressrisikokapital Der unerwartete Verlust des Kreditportfolios, der Adressrisiko-VaR, wird über

ein Kreditportfoliomodell für einen Zeitraum von einem Jahr und ein Konfidenzniveau von 99,95 % im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse der HRE errechnet und beträgt zum 30. Juni 2011 37 Mio. € (31. Dezember 2010: 41 Mio. €), ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten. Details zur Berechnung finden sich im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“.

3.2.2. Marktrisiko

Definition Wir verweisen auf die Darstellung im Kapitel „Marktrisiko“ des Risikoberichtes im Geschäftsbericht 2010 der HPBI.

Marktrisikosteuerung, -überwachung und -messung Wir verweisen auf die Darstellung im Kapitel „Marktrisiko“ des Risikoberichtes im Geschäftsbericht 2010 der HPBI.

Entwicklung des Marktrisiko-VaR Am 30. Juni 2011 betrug der VaR für Zinsrisiken 3,7 Mio. € (31. Dezember 2010: 3,2 Mio. €) und für Währungsrisiken 0,7 Mio. € (31. Dezember 2010: 0,8 Mio. €). Es gab im Berichtszeitraum keine Limitüberschreitungen.

Ergebnisse des gemäß CSSF-Rundschreiben 08/338 vom 19. Februar 2008 halbjährlich durchzuführenden Stresstests: Für die HPBI beträgt zum 30. Juni 2011 die potenzielle Barwertänderung für Zinsrisiken bei einem Renditenanstieg um 200 Basispunkte -14,0 Mio. € und bei einem Renditenrückgang um 200 Basispunkte 23,0 Mio. € (31. Dezember 2010: -13,4 Mio. € und 23,6 Mio. €).

Weitere Marktrisiken, wie z.B. Aktienrisiken oder Inflationsrisiken, liegen für die HPBI nicht vor.

Marktrisikokapital

Ökonomisches Marktrisikokapital Für die Berechnung des ökonomischen Marktrisikokapitals, das bei der Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt wird, wird der Marktrisiko-VaR sowohl auf einen Einjahreszeitraum als auch auf ein höheres Konfidenzniveau (von 99 % auf 99,95 %) skaliert. Das ökonomische Kapital für Marktrisiken beträgt zum 30. Juni 2011 ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 26 Mio. € (31. Dezember 2010: 18 Mio. €).

3.2.3. Liquiditätsrisiko

Definition Wir verweisen auf die Darstellung im Kapitel „Liquiditätsrisiko“ des Risikoberichtes im Geschäftsbericht 2010 der HPBI.

Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung Wir verweisen auf die Darstellung im Kapitel „Liquiditätsrisiko“ des Risikoberichtes im Geschäftsbericht 2010 der HPBI.

Überwachung der Liquiditätsrisiken Gemäß dem internen Limitsystem muss jederzeit an den jeweils folgenden fünf Tagen der Saldo von voraussichtlich eingehenden und abfließenden Zahlungsströmen und möglichen Liquiditätsbeschaffenden Maßnahmen – die sogenannte Liquiditätsposition – zumindest ausgeglichen sein. Diese wird täglich unter Berücksichtigung von konservativen Sicherheitsabschlägen („Haircuts“) bestimmt, durch RMC überwacht und an die Geschäftsführung und die mit der Risikoüberwachung betrauten Konzernstellen berichtet. Diese Vorgaben konnten jedoch an einigen Tagen des Berichtszeitraums nicht eingehalten werden. Gründe hierfür lagen in der sehr kurzfristigen Refinanzierung mit Overnight-Geschäften über die DEPFA, in den Auswirkungen von Umbuchungen zwischen Deckungsstock und Repotransaktionen – insbesondere im Kontext der verschärften Ratinganforderungen von S&P – sowie in sehr konservativen Annahmen in Bezug auf die Haircuts von EZB-fähigen Wertpapieren.

Zu weiteren Kernelementen des täglichen Liquiditätsberichtes verweisen wir auf die ausführliche Darstellung im Kapitel „Liquiditätsrisiko“ des Risikoberichtes im Geschäftsbericht 2010 der HPBI.

Darüber hinausgehend wurde im Berichtszeitraum das tägliche Liquidity Reporting in folgender Weise inhaltlich verfeinert:

- Die Ermittlung des Wertes der freien, EZB-fähigen Papiere basiert nunmehr auf dem von der EZB täglich veröffentlichten Katalog an tenderfähigen Papieren und deren Haircuts.
- Die vor dem Übertrag von Positionen an die FMSW definierten Stresstests werden gegenwärtig überarbeitet. Ein erster, bedeutender Schritt in diese Richtung ist die Implementierung eines auf einer historischen Simulation beruhenden Stressszenarios, in

dem untersucht wird, wie sich der plötzliche, zusätzliche Liquiditätsbedarf aus Collateral Calls auf die Liquiditätsposition der HPBI auswirkt.

Hinsichtlich der kurzfristigen Liquiditätsbeschaffung war die HPBI nur gelegentlich (und weitgehend beschränkt auf die oben genannten Perioden) auf Tenderoperationen mit der BCL sowie auf Repo-transaktionen und ungedeckte Geldaufnahmen über die DEPFA angewiesen.

Entwicklung der Liquiditätsposition und prognostizierter Liquiditätsbedarf Die im Zuge der Liquiditätsrisikomessung per 30. Juni 2011 ermittelte kumulierte Liquiditätsposition im Base-Szenario betrug auf Sicht von zwölf Monaten 125 Mio. € (31. Dezember 2010: -217 Mio. €). Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Liquiditätssituation der HPBI als komfortabel einzustufen. Die Höhe des zukünftigen Liquiditätsbedarfs ist insbesondere jedoch von folgenden externen Faktoren abhängig:

- zukünftige Entwicklung der Abschlüsse bei Wertpapieren bei Refinanzierungen am Markt / Tenderoperationen bei der BCL.
- eventuell zusätzliche Sicherheitenanforderungen aufgrund von sich ändernden Marktparametern (wie Zinssätze und Fremdwährungskurse).
- veränderte Anforderungen der Ratingagentur S&P hinsichtlich der erforderlichen Überdeckung im Deckungsstock.

3.2.4. Operationelles Risiko/Businessrisiko

Definition Wir verweisen auf die Darstellung im Kapitel „Operationelles Risiko“ des Risikoberichtes im Geschäftsbericht 2010 der HPBI..

Organisation des Managements von operationellen Risiken

Wir verweisen auf die ausführliche Darstellung im Kapitel „Operationelles Risiko“ des Risikoberichtes im Geschäftsbericht 2010 der HPBI und auf das Kapitel „Risikostrategie und Policies“ (die dort genannten Initiativen sollen insbesondere den operationellen Risiken der Abkopplung der HPBI von der Systemlandschaft des HRE Konzerns / DEPFA Teilkonzerns und den damit verbundenen fehlenden Back-up-Möglichkeiten im Störfall entgegenwirken).

Operational-Risk-Vorfälle werden weiterhin dezentral in der Loss Database nach gruppeneinheitlichen Vorgaben erfasst. Hierbei waren seitens der HPBI im ersten Halbjahr 2011 zwei Vorfälle zu berichten; zu Schäden kam es nicht.

Quantifizierung operationeller Risiken über das ökonomische Kapital Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken beträgt zum 30. Juni 2011 (unverändert gegenüber dem 31. Dezember 2010) 1 Mio. €.

Ökonomisches Kapital nach Risikoarten

Ohne Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten beläuft sich das ökonomische Kapital der HPBI per 30. Juni 2011 auf rund 64 Mio. € (31. Dezember

3.3. Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

Ökonomisches Kapital nach Risikoarten in Mio €	30.06.2011	31.12.2010	Veränderung
Adressrisiko	37	41	-4
Marktrisiko	26	18	8
Operationelles Risiko	1	1	—
Geschäftsrisiko	—	—	—
Summe vor Diversifikationseffekten	64	60	4
Summe nach Diversifikationseffekten	59	56	3
Risikodeckungsmasse	139	143	-4
Über-/Unterdeckung	+80	+87	-7

2010: 60 Mio. €); mit deren Berücksichtigung sinkt es auf ca. 59 Mio. € (31. Dezember 2010: 56 Mio. €). Ergebnisveränderungen werden im Abschnitt zu den einzelnen Risikoarten näher erläutert.

Aufgrund neuer regulatorischer Vorgaben der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) kann in der Risikodeckungsmasse das bisher enthaltene geplante Ergebnis der nächsten zwölf Monate nicht mehr angesetzt werden (wird konzerneinheitlich gehandhabt). Dies erklärt großteils den leichten Rückgang der Risikodeckungsmasse auf ca. 139 Mio. € (31. Dezember 2010: 143 Mio. €).

Laut dem aufsichtsrechtlich geforderten ICAAP-Modell, nach dem sich die ökonomische Risikotragfähigkeit der Gesellschaft bestimmt, ergibt sich zum 30. Juni 2011 für einen einjährigen Betrachtungszeitraum ein ökonomischer Kapitalpuffer von rund 80 Mio. € (31. Dezember 2010: 87 Mio. €).

Die auf Basis des ICAAP bedeutendste Risikoart (gemessen am ökonomischen Kapital und ohne explizite Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos) ist das Adressrisiko, auf das 58 % des undiversifizierten ökonomischen Kapitals entfallen.

Bezogen auf das ökonomische Kapital war die HPBI im gesamten ersten Halbjahr 2011 ausreichend kapitalisiert. Somit war die Risikotragfähigkeit jederzeit vollumfänglich gegeben.

Methodik der einzelnen Risikoarten Das ökonomische Kapital jeder Risikoart wird über einen quantitativen Ansatz ermittelt und unter Berücksichtigung von spezifischen Korrelationen zum Gesamtbankrisiko aggregiert. Gemäß gängigem Marktstandard werden die Kapitalbeträge der einzelnen Risikoarten für einen Zeitraum von einem Jahr und ein aus dem Zielrating abgeleiteten Konfidenzniveau (hier: 99,95 %) berechnet.

Nachfolgend wird die Berechnungsmethodik des ökonomischen Kapitals für die einzelnen Risikoarten erläutert.

Adressrisiko Zur Berechnung des Adressrisikos auf Portfolioebene setzt die HPBI ein Kreditportfoliomodell auf Stand-alone-Basis ein, das dem Ansatz eines

sogenannten Asset-Value-Modells folgt. Der wesentliche Grundgedanke dieses Ansatzes besteht darin, dass über die wiederholte Simulation korrelierter Ratingmigrationen und Ausfälle der Kreditnehmer sowie über eine Berechnung hieraus resultierender Wertveränderungen des Portfolios Wahrscheinlichkeitsaussagen hinsichtlich potenzieller Verluste aus dem Kreditgeschäft getroffen werden können. Aus der über diesen Weg berechneten Verlustverteilung lässt sich dann das ökonomische Adressrisikokapital als VaR-Wert ableiten. Dieses beziffert den auf einem Konfidenzniveau von 99,95 % berechneten maximalen unerwarteten Verlust, der sich aufgrund von Ratingmigrationen und Ausfällen im Kreditgeschäft innerhalb eines Jahres ergeben wird. Neben der Verlustverteilung des Kreditportfolios ist ein wesentliches Ergebnis die risikoadäquate Allokation des so gemessenen Adressrisikokapitals auf die einzelnen Kreditnehmereinheiten nach dem sogenannten Expected-Shortfall-Prinzip. Hierbei wird eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Kreditnehmer gewährleistet und damit ein wesentlicher Baustein zur risikoorientierten Steuerung des Kreditportfolios gelegt.

Das ökonomische Kapital für Adressrisiken – berechnet aus dem Kreditportfoliomodell – beträgt für ein Konfidenzniveau von 99,95 % und einen Zeithorizont von einem Jahr ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten per 30. Juni 2011 37 Mio. € (31. Dezember 2010: 41 Mio. €). Der Rückgang um ca. 4 Mio. € ist im Wesentlichen auf den fast vollständigen Wegfall von Konzentrations- und Transferrisiken zurückzuführen.

Marktrisiko In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für Marktrisiken geht der für die Marktrisikosteuerung verwendete VaR – ergänzt um die VaR-Werte für die Eigenmittelbücher – ein. Um dem höheren Konfidenzniveau sowie dem Einjahreszeitraum des Kapitaladäquanzverfahrens Rechnung zu tragen, wird der Marktrisiko-VaR entsprechend skaliert.

Das ökonomische Kapital für Marktrisiken beträgt zum 30. Juni 2011 bei einem einjährigen Betrachtungszeitraum ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten ca. 26 Mio. € (31. Dezember 2010: 18 Mio. €). Der Anstieg des Marktrisikokapitals um ca. 8 Mio. € ist im Wesentlichen auf erhöhte Zinsänderungsrisiken zurückzuführen.

Operationelles Risiko In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken geht das Ergebnis der Berechnung nach dem Standardansatz gemäß Basel II ein. Für die Zwecke des Kapitaladäquanzverfahrens wird der regulatorisch bestimmte Kapitalbedarf entsprechend dem höheren Konfidenzniveau (von 99,9 % auf 99,95 %) skaliert.

Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken beträgt zum 30. Juni 2011 (unverändert gegenüber 31. Dezember 2010) 1 Mio. €.

Geschäftsrisiko Das ökonomische Kapital errechnet sich nun aus den folgenden zwei Komponenten:

1. ausbleibende Erträge für das Neugeschäft.
Da die Risikodeckungsmasse aufsichtsrechtlich keinerlei Plangewinne mehr enthält, ist die Einbeziehung dieser Komponente in das Geschäftsrisiko redundant geworden.

2. gestiegene Finanzierungskosten.

Erhöhte Finanzierungskosten können aus den folgenden zwei Ursachen resultieren:

- gestiegener Finanzierungsbedarf.
- Erhöhung des unbesicherten Refinanzierungssatzes.

Im Rahmen der Liquiditätsrisikomessung wird monatlich im Stressszenario „Further Decline“ der gestiegene Finanzierungsbedarf bei Eintritt bestimmter Marktereignisse simuliert. Für den unbesicherten Refinanzierungssatz wird ein Anstieg auf das am Markt beobachtete historische Maximum von Credit Spreads des bankeigenen Ratings simuliert. Aus Vorsichtsgründen wird unterstellt, dass beide Ereignisse simultan eintreten.

Vor dem oben geschilderten Hintergrund ist die erstgenannte Komponente 0 per 30. Juni 2011. Aufgrund der sehr komfortablen Refinanzierungslage ergibt sich im Stressszenario „Further Decline“ ein (positiver) Liquiditätspuffer für die nächsten zwölf Monate; daher ist die zweite Komponente ebenfalls 0.

Liquiditätsrisiko Eine Kapitalisierung von Liquiditätsrisiken im engeren Sinne ist nicht branchenüblich. Liquiditätsrisiken im weiteren Sinne durch eine Verteuerung der Refinanzierungskosten sind im ökonomischen Kapital für das Geschäftsrisiko abgebildet.

Stresstests Stresstests in Bezug auf das ökonomische Kapital werden eingesetzt, um ein besseres Verständnis der Sensitivität der Ergebnisse gegenüber den Risikoparametern, welche den Modellen zugrunde liegen, zu entwickeln. Die HPBI führt Stresstests als Instrument für ein angemessenes ökonomisches Kapitalmanagement für folgende Einzelkategorien durch, jeweils bezogen auf eine isolierte Risikoart:

- Herabstufung der größten Einzelkontrahenten, gemessen am ökonomischen Kapital.
- Herabstufung der größten Kontrahentengruppen (nach Region und Branche), gemessen am ökonomischen Kapital.
- Stresstests im Hinblick auf die Kreditwürdigkeit aller Kontrahenten (Herabsetzung um eine Ratingstufe).
- Stresstests bezüglich der Sicherheiten (Loss-Given-Default-Werte (LGDs) steigen jeweils um 10 %-Punkte an / Mindest-LGDs bei 40 % angenommen).
- Zinsrisiko-Stresstest gemäß CSSF-Rundschreiben 08/338.
- Operationelles Risiko verwirklicht sich als Verlust.
- Für das Geschäftsrisiko verwirklicht sich der Verlust aus dem Refinanzierungsszenario des Auseinanderbrechens der EU.

4. Prognosebericht

4.1. Gesamtwirtschaftliche Prognose

Die Wachstumsprognosen für das Gesamtjahr 2011 sind im internationalen Vergleich von Land zu Land heterogener als üblich. So wird für Deutschland mit einem

Wachstum von 3,4 % gerechnet, was in etwa der Dynamik des Jahres 2010 entspricht. Damit würde das Vorkrisenniveau der Wertschöpfung wieder übertroffen werden. Mit der beschlossenen Anhebung der Schuldengrenze der USA bei gleichzeitig massiven

Einsparungen sind die Wachstumsaussichten für die USA nicht allzu groß, ein Rückfall in die Rezession wird für möglich erachtet. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in der Europäischen Union wird – wie in der Eurozone – auf 1,8 % geschätzt. Die Krise in Griechenland dürfte sich mit einem Rückgang des griechischen Bruttoinlandsprodukts um voraussichtlich 4,5 % gegenüber 2010 noch einmal etwas verschärfen.

Wie in der Vergangenheit ist mit Blick auf die Risiken auf den Finanzmärkten Vorsicht angebracht. Insbesondere gilt dies für die in der gesamtwirtschaftlichen Lage beschriebenen Situationen der Staatsfinanzen in einigen europäischen Ländern sowie in den USA.

Die im Jahr 2010 noch recht deutlichen Inflationsängste sollten sich zumindest in nächster Zukunft nicht verstärken. So wird für die Eurozone derzeit mit einem Preisauftrieb für das Gesamtjahr 2011 von 2,6 % (Deutschland: 2,4 %) gerechnet – mit eher wieder sinkender Tendenz im kommenden Jahr. Allerdings ist zu beachten, dass in einigen Sektoren und Ländern die Kapazitäten durchaus wieder sehr gut ausgelastet sind und somit die Spielräume für Preissteigerungen eher genutzt werden könnten. Mit 2,5 % wird für das Jahr 2011 die Konsumentenpreis-inflation in den USA in einem ähnlichen Bereich gesehen – trotz der massiv expansiv ausgerichteten Geld- und Finanzpolitik.

4.2. Branchenspezifische Prognose

Gesamtsituation der Bankenbranche Trotz der bestehenden Unsicherheit ist der wirtschaftliche Aufschwung in vielen europäischen Ländern weiterhin intakt. Insbesondere sind hier Deutschland und Frankreich positiv hervorzuheben. Eine etwaige Ausweitung der aktuellen Schuldenkrise hin zu einer Währungs- und Finanzkrise hätte allerdings eine erhöhte Marktunsicherheit zur Folge. Daher wird auch das zweite Halbjahr für die Bankenbranche von Unsicherheit geprägt sein. Dementsprechend wird die Branche Wert auf höhere Liquidität und risikoarme Investments legen.

Finanzierung des öffentlichen Sektors Seit dem Beginn der Staatsschuldenkrise im Jahr 2010 wurde die Sensibilität der Finanzmärkte hinsichtlich finanzpolitischer Risiken geschärft. Die Finanzmärkte bewerteten die konkreten Haushalts- und Budgetzahlen der einzelnen

Volkswirtschaften, wodurch die finanzpolitischen Risiken der Staaten in den Mittelpunkt rückten. Diese erhöhte Aufmerksamkeit vor allem in Europa hat alle Volkswirtschaften – nicht nur die durch ein hohes Staatsdefizit in den Fokus geratenen Staaten – dazu veranlasst, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu definieren und zu kommunizieren.

Aufgrund der Größe seiner Volkswirtschaft liegt ein besonderes Augenmerk auf Spanien. Die spanische Regierung hat zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen angekündigt und eine Arbeitsmarktreform eingeleitet. Frankreich und Großbritannien haben ebenfalls Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beschlossen. Der britische Nothaushalt wurde generell positiv aufgenommen. Frankreich hat sich ebenfalls entsprechende Maßnahmen auferlegt, um ein Ansteigen der Verschuldungsquote zu stoppen und sein AAA-Rating nicht zu gefährden. Da Italien ähnlich wie Spanien von den Ratingagenturen und Finanzmärkten sehr kritisch gesehen wird, wurde ein außerordentlich massives Sparpaket zur Verbesserung der Haushaltssituation beschlossen.

Inzwischen können drei der am stärksten betroffenen Volkswirtschaften sich nur zu deutlich höheren Zinssätzen refinanzieren und sind auf multilaterale Finanzierung (Internationaler Währungsfonds, Finanzzusagen der EU) angewiesen, um Liquidität und Bonität zu sichern. Die Auswirkungen der zusätzlichen Rettungsmaßnahmen unter Einbeziehung privater Gläubiger für andere Staaten im Fokus ist derzeit noch nicht absehbar.

Refinanzierungsmärkte Die Refinanzierungsmärkte werden auch im zweiten Halbjahr im Zeichen der Staatsschuldenkrise stehen, was zu einer anhaltenden Verunsicherung der Marktteilnehmer führen wird. Daher wird der Trend zu gedeckten Emissionen weiterhin anhalten. Vermutlich werden ungedeckte Emissionen in Zukunft durch die Diskussion um die Mithaftung privater Gläubiger und die neuen Regularien kritischer gesehen.

Vermeintlich werden Banken, die bisher keine Covered Bonds emittiert haben, als neue Emittenten auftreten. Auch bei Banken, die in Staaten ohne Spezialgesetzgebung für gedeckte Anleihen ansässig sind, sehen wir eine

deutliche Entwicklung in diese Richtung (zum Beispiel Australien, USA).

Der Pfandbrief bleibt daher auch zukünftig das wesentliche Refinanzierungsinstrument der Spezialbanken. Die Bedeutung der gedeckten Finanzierung wird weiterhin zentral bleiben.

4.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Prognose

4.3.1. Konzernspezifische Rahmenbedingungen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der HRE stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht kalkulierter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Fortführung Die Europäische Kommission hat am 18. Juli 2011 die der HRE von der Bundesrepublik Deutschland gewährten Beihilfemaßnahmen unter Auflagen genehmigt. Mit ihrer positiven Entscheidung erkennt die Europäische Kommission zugleich die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells der Deutschen Pfandbriefbank AG als Spezialbank für die Immobilienfinanzierung und die öffentliche Investitionsfinanzierung an.

Zukünftige Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage Die HRE hat das erste Halbjahr 2011 mit einem Gewinn abgeschlossen. Die Höhe des Gewinns wurde jedoch durch Einmaleffekte wie die Gewinne aus der Rücknahme von Verbindlichkeiten positiv beeinflusst. Für das Jahr 2011 erwartet der Vorstand aus heutiger Sicht profitabel zu sein und grundsätzlich ein positives Ergebnis. Gewinne werden als eine Auflage im Sinne des von der Europäischen Kommission geforderten „Burden Sharing“ bis zur Reprivatisierung beim Teilkonzern Deutsche Pfandbriefbank thesauriert und zur Rückführung der stillen Einlage der Bundesrepublik Deutschland verwendet. Der DEPFA Teilkonzern wird ab dem Zeitpunkt, zu dem die Zahlungsaufgabe in Höhe von 1,59 Mrd. € vollständig beglichen wurde, bis zur Privatisierung weitere jährliche Gebühren an die Bundesrepublik Deutschland im Sinne des „Burden Sharing“ leisten müssen. Die genaue Form dieser Zahlungen wird noch in vertraglicher Form zwischen

den betroffenen Gesellschaften des DEPFA Teilkonzerns und der Bundesrepublik Deutschland zu vereinbaren sein.

Das Neugeschäftsvolumen lag im ersten Halbjahr 2011 im Rahmen der Erwartungen. Die HRE geht davon aus, im gesamten Jahr 2011 Neugeschäft von bis zu 8 Mrd. € in der Immobilienfinanzierung und öffentlichen Investitionsfinanzierung abzuschließen.

Die Bilanzsumme ist im ersten Halbjahr 2011 aufgrund der abnehmenden Gegeneffekte aus der Übertragung von Positionen auf die FMSW deutlich gesunken. Der Umfang der Gegeneffekte wird zukünftig voraussichtlich weiter abnehmen. So werden beispielsweise bei weiteren Instrumenten Schuldnerwechsel (Novationen) durchgeführt. Zudem wird sich die FMSW noch verstärkter selbstständig refinanzieren und somit die HRE nicht mehr zur Durchleitung von Mitteln benötigen. Eine weitere Reduzierung der Bilanzsumme ist mit Unsicherheiten behaftet und liegt nicht ausschließlich im Einflussbereich der HRE. Ferner können marktinduzierte Effekte wie die Veränderung der Wechselkurse und der Marktzinssätze die Bilanzsumme beeinflussen.

Chancen Die seit Übertragung der Vermögenswerte auf die FMSW eingetretenen und die erwarteten Entwicklungen im Hinblick auf die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage verdeutlichen das Potenzial der HRE.

Der Abschluss des Genehmigungsverfahrens stellt einen weiteren Meilenstein für die Restrukturierung und Neuausrichtung der HRE dar. Daraus ergeben sich die folgenden Chancen für die HRE:

Der Abschluss des EU-Beihilfverfahrens wird die Sicherheit für Kunden und Fremdkapitalgeber erhöhen. Dadurch wird die HRE tendenziell leichter Geschäfte abschließen können.

Ferner kann sich die HRE nach dem weitgehenden Abschluss der Neuausrichtung und dem erfolgreichen Abschluss von Projekten wie dem EU-Beihilfverfahren auf ihre Kunden und Kerngeschäftsfelder konzentrieren. Dabei wird der Fokus auf öffentliche Investitionsfinanzierung und auf gewerbliche Immobilienfinanzierung in ausgewählten Zielmärkten liegen.

Die HRE hat eine große Erfahrung im Pfandbriefmarkt, die nach dem Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens wieder verstärkt genutzt werden kann. Die HRE kann hier auf bestehende Kundenbeziehungen aufbauen. Aufgrund ihrer hohen Qualität und des stabilen Fälligkeitsprofils sind Pfandbriefe weniger von Marktverwerfungen betroffen. Die HRE greift damit auf ein weiterhin gesuchtes Instrument am Kapitalmarkt zurück. Da ferner Fristeninkongruenzen in der Refinanzierung weitgehend eliminiert wurden, sind Liquiditätslücken sehr viel unwahrscheinlicher geworden.

Das Marktumfeld der HRE hat sich im ersten Halbjahr 2011 verbessert. Obwohl die Marktunsicherheit, beispielsweise ausgelöst durch die hohe Verschuldung einzelner Staaten, weiterhin hoch ist, wird die Entwicklung der einschlägigen Märkte grundsätzlich positiv gesehen. Zum Beispiel wird in der Immobilienfinanzierung von einem weiter steigenden Transaktionsvolumen ausgegangen. Gleichzeitig werden einige Wettbewerber gezwungen sein, sich aus dem Markt zurückzuziehen oder sich auf einzelne Regionen zu konzentrieren. Vor diesem Hintergrund und aufgrund ihrer hohen Markt- und Produktkenntnis sowie der bestehenden Kundenbeziehungen werden sich für die HRE Möglichkeiten bieten, risikoarmes Neugeschäft zu attraktiven Margen abzuschließen. Darüber hinaus ergeben sich aus dem Bestandsgeschäft Transaktionschancen, wie die Gewinne aus der Rücknahme von Verbindlichkeiten im ersten Halbjahr 2011 gezeigt haben.

Derzeit wird ein Projekt durchgeführt mit dem Ziel, den Konzern Deutsche Pfandbriefbank und den Konzern DEPPFA zu entflechten. Durch die Entflechtung werden die beiden Teilkonzerne leichter separierbar und eigenständiger am Markt wahrnehmbar sein, wodurch die Chancen zur erfolgreichen Reprivatisierung steigen.

Risiken Allerdings sind auch zukünftig Belastungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht auszuschließen. Die Höhe dieser möglichen Belastungen wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken:

Die FMSA hat aus Gründen der Wettbewerbsneutralität für die Stabilisierungsmaßnahme eine Zahlungsaufgabe in Höhe von 1,59 Mrd. € festgesetzt. Die Europäische Kommission hat es im Beihilfeverfahren zur Auflage gemacht, dass die Zahlungsaufgabe durch die FMSA in voller Höhe festgesetzt wird. Die Zahlungsverpflichtung kann die Finanzlage der HRE signifikant beeinträchtigen, aber nicht den Bestand der HRE gefährden.

Obwohl teilweise etwas verbessert, ist die Situation auf einigen Märkten weiterhin angespannt und die gesamtwirtschaftliche Lage noch unsicher. Als Folge sind signifikante Wertberichtigungen auf Forderungen nicht auszuschließen. Diese könnten in Abhängigkeit von den spezifischen Objekten Immobilienfinanzierungen betreffen. Darüber hinaus ist durch hohe fiskalische Defizite für einige Staaten die Refinanzierung deutlich erschwert oder nur noch mit externer Hilfe möglich. Es ist nicht auszuschließen, dass einzelne Staaten ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen nicht bedienen können werden. In einem solchen Fall können auch aufgrund von daraus folgenden volkswirtschaftlichen Verwerfungen in erheblichem Umfang Abschreibungen auf Wertpapiere oder Kredite notwendig werden.

Das Image der HRE hat in den letzten Jahren gelitten. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für zukünftige Geschäfts- und Kundenbeziehungen nicht auszuschließen. Dadurch könnte die HRE ihre Neugeschäftsziele im Hinblick auf die Kreditausreichung und die Refinanzierung verfehlen, was sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken würde.

Derzeit anhängige wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis der HRE erheblich beeinträchtigen.

Die HRE hat Projekte zur Optimierung von Prozessen und der IT-Infrastruktur initiiert. Die Aufwendungen hierfür werden den Verwaltungsaufwand belasten. Trotz des Projekts ist die HRE operationellen Risiken aus ihrer Restrukturierung, wie zum Beispiel der Abhängigkeit von Schlüsselpositionen, Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchungssysteme und einer erhöhten Fluktuation von Mitarbeitern, ausgesetzt. Die Risiken können auch für die von der HRE übernommenen Dienstleistungsverpflichtungen für den laufenden

Betrieb der FMSW relevant werden. Aus diesen Risiken können wesentliche Verlustfälle resultieren.

Zur Vermeidung zukünftiger Finanzmarktkrisen hat der Gesetzgeber zusätzliche Abgaben und Steuern beschlossen. Aus den bereits beschlossenen Maßnahmen und eventuellen weiter gehenden Verschärfungen können Belastungen auf die Ertragslage resultieren.

Die Fortentwicklung von nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen kann sich auf die Struktur der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken und somit auch die Ertragslage beeinflussen. So können beispielsweise durch die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgestellten geänderten Verpflichtungen (Basel III) an höhere Liquiditätsanforderungen die Profitabilität schmälern oder durch strengere Eigenkapitalanforderungen die Rentabilität reduziert werden. Weiterhin können sich Auswirkungen auf bereits heute gültige regulatorische und ökonomische Kennzahlen ergeben, die beispielsweise eine geänderte Kapitalausstattung erfordern.

Gemäß EU-Ratingverordnung vom September 2009 können externe Ratings in Banken für die Zwecke der Berechnung der Eigenkapitalanforderungen zukünftig nur dann genutzt werden, wenn die entsprechenden Ratingagenturen im Einklang mit der EU-Ratingverordnung registriert sind und durch die zuständigen Aufsichtsbehörden beaufsichtigt werden. Soweit Agenturen Ratings außerhalb der EU erstellen, muss die Regulierung im Drittstaat den europäischen Standards genügen. Die Registrierungsverfahren der Ratingagenturen Fitch Ratings, Moody's und Standard & Poor's sowie die Prüfung der regulatorischen Standards diverser Drittstaaten dauern an. Aus einer Ablehnung der Registrierung oder der ausbleibenden Anerkennung von Drittstaatenregulierungen können negative Auswirkungen auf die Finanzsituation der HRE resultieren, da eine höhere Unterlegung mit aufsichtsrechtlichem Kapital die Folge wäre.

4.3.2. Unternehmensspezifische Lage

Die HPBI ist ein gut kapitalisierter und operativ rentabler Staatsfinanzierer, der bislang in das Geschäftsmodell der HRE eingebunden war. Augenblicklich ist die HPBI als 100 %-ige Tochter der DEPFA Gruppe Teil des Berichtssgments „Value-Portfolio“, dessen Fokus auf

die Verwaltung und dem wertschonenden Abbau der Bestände liegt. Mit dieser Strategie könnten bei der HPBI insbesondere die folgenden Transaktionen verbunden sein:

- Restrukturierungen bestehender Kredite zur Werterhaltung oder Wertsteigerung.
- Geschäfte im Rahmen des Liquiditätsmanagements.
- Asset Swaps im Rahmen der Risikostrategie.
- Verkauf von Kreditportfolien.
- alle Geschäfte, die für die Steuerung des Deckungsstockes notwendig sind.
- Derivategeschäfte, die der Steuerung von Zins-, Währungs- und Kreditrisiken des Value-Portfolios dienen.
- alle Geschäfte, die erforderlich sind, rechtliche, regulatorische oder andere Erfordernisse der HPBI einschließlich Überbesicherungsanforderungen im Deckungsstock zu erfüllen.

Der mittlerweile umgesetzte und von der Europäischen Kommission grundsätzlich genehmigte Restrukturierungsplan der HRE konzentrierte sich im Kern auf die weitgehend umgesetzte Vereinfachung der Konzernstruktur und eine Konzentration auf deckungsfähiges Geschäft. Mit der Umsetzung wurden die Auflagen der Europäischen Kommission so weit wie möglich antizipiert. Für die HPBI verursachte die Umsetzung nahezu eine Halbierung der Bilanzsumme. Auch nach der erfolgreichen Auslagerung von Vermögensteilen an die FMSW am 1. Oktober 2010 wird die HPBI ihre Strategie in Übereinstimmung mit der Strategie der HRE unverändert weiter verfolgen. Der daraus möglicherweise entstehende jeweilige Umfang der Reduzierung der Bilanzsumme ist jedoch mit Unsicherheiten behaftet und liegt nicht ausschließlich im Einflussbereich der HPBI. Mit dieser Strategie soll auch die in Erwartung der Auflagen der Europäischen Kommission gegen die HRE bereits begonnene Erarbeitung einer möglichen strategischen Neupositionierung der HPBI erleichtert werden, für die der Übertrag von Vermögensgegenständen an die FMSW ein erster wichtiger Schritt war. Darüber hinaus wurden Projekte gestartet, die die HPBI in den Jahren 2011 und 2012 enger in die neue IT-Zielstruktur der HRE und DEPFA einbinden.

Die HPBI betreibt ihre Refinanzierung weitaus überwiegend mit ihrer Muttergesellschaft. Dadurch ist die HPBI

bis auf Weiteres von der Entwicklung der HRE abhängig. Auch im Geschäftsjahr 2011 wird der überwiegende Teil der notwendigen unbesicherten Refinanzierung über die DEPPFA erfolgen.

Eine verlässliche Prognose hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist durch die oben für den Konzern und die HPBI dargestellten Risiken bzw. Chancen erschwert:

- Für das Jahr 2011 erwartet der Verwaltungsrat aber aus heutiger Sicht, auch bei fortgesetztem Verzicht auf Neugeschäft operativ weiterhin profitabel zu sein, und daher grundsätzlich ein leicht positives Ergebnis.
- Die Vermögenslage des Jahres 2011 wird durch die einmalige Zahlungsaufgabe im Hinblick auf die gewährten Stabilisierungsmaßnahmen in Höhe von 27 Mio. € belastet werden.
- Durch hohe fiskalische Defizite könnte für einige Staaten die Refinanzierung deutlich erschwert werden. Es ist darüber hinaus nicht auszuschließen, dass einzelne Staaten ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen nicht bedienen können werden. In einem solchen Fall könnten in größerem Umfang Abschreibungen auf Wertpapiere notwendig werden, was vor allem das Finanzanlageergebnis belasten würde. Trotz dieser Situation sehen der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung augenblicklich keine Veranlassung, Einzelwertberichtigungen auf den Forderungsbestand vorzunehmen.

Der Verwaltungsrat der HPBI geht weiterhin von einer Fortführung der Gesellschaft aus.

Luxemburg, den 2. September 2011

Dr. Matthias Achilles

John Cox

Geschäftsführer
Mitglied des
Verwaltungsrates

Geschäftsführer
Mitglied des
Verwaltungsrates

- 24 **Bilanz zum 30. Juni 2011**
 - 26 **Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010**
 - 28 **Bericht des Réviseur d'Entreprises agréé**
 - 29 **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**
-

Zwischenabschluss

Bilanz zum 30. Juni 2011

Aktiva			
in €		30.06.2011	31.12.2010
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postscheckämtern		309	428
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassen sind		130.000.000	155.000.000
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Werte	130.000.000		155.000.000
Forderungen an Kreditinstitute		498.298.969	716.183.369
Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	402.672.539		431.489.098
Andere Forderungen	95.626.430		284.694.271
darunter: täglich fällig	95.626.430		278.671.323
Forderungen an Kunden		204.033.247	248.295.707
Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	204.033.247		248.295.707
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		2.394.446.478	2.531.278.664
Öffentlicher Emittenten	576.617.787		633.354.596
Anderer Emittenten	1.806.178.691		1.861.274.068
Eigene Schuldverschreibungen	11.650.000		36.650.000
Sachanlagen		3.430	61.886
Sonstige Vermögensgegenstände		708.816	78.730
Rechnungsabgrenzungsposten		1.045.710.597	989.062.474
Summe der Aktiva		4.273.201.846	4.639.961.258

Passiva				
in €			30.06.2011	31.12.2010
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			522.965.000	369.140.000
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe		—		—
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	—		—	
Andere Verbindlichkeiten		522.965.000		369.140.000
darunter: täglich fällig		461.090.000		369.140.000
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			1.597.096.661	1.602.096.661
Andere Verbindlichkeiten		1.597.096.661		1.602.096.661
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	1.597.096.661			1.602.096.661
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.597.096.661			1.602.096.661
Verbriefte Verbindlichkeiten			1.887.259.377	2.391.203.703
Begebene Schuldverschreibungen		1.887.259.377		2.391.203.703
Öffentliche Pfandbriefe	1.887.259.377			2.391.203.703
Sonstige Verbindlichkeiten			1.162.212	3.121.886
Rechnungsabgrenzungsposten			97.115.220	109.494.614
Rückstellungen			4.992.508	4.851.766
Steuerrückstellungen		—		53.898
Andere		4.992.508		4.797.868
Nachrangige Verbindlichkeiten			34.000.000	34.000.000
Gezeichnetes Kapital			66.000.000	66.000.000
Ausgabeagio			15.000.000	15.000.000
Rücklagen			45.052.628	42.787.628
Ergebnis			2.558.240	2.265.000
Summe der Passiva			4.273.201.846	4.639.961.258

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2011

Aufwendungen				
in €				
			1.1. - 30.06.2011	1.1. - 30.06.2010
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen			113.936.686	160.812.547
Provisionsaufwendungen			121.217	1.644.159
Ergebnis aus Finanzgeschäften			127.271	—
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			2.360.470	1.967.475
Personalaufwand		658.391		645.709
davon für Löhne und Gehälter	554.383			535.675
davon für soziale Aufwendungen	86.049			70.868
davon für Altersversorgung	54.620			49.599
Sonstige Personalaufwendungen	17.960			39.166
Andere Verwaltungsaufwendungen		1.702.079		1.321.766
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			58.456	60.837
Sonstige betriebliche Aufwendungen			5.630	1.994
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die Finanzanlagen darstellen			-809	—
Steuern auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			741.757	314.376
Ergebnis des Berichtsperiode			2.558.240	2.151.411
Summe der Aufwendungen			119.908.918	166.952.799

Erträge				
in €			1.1. - 30.06.2011	1.1. - 30.06.2010
Zinserträge und ähnliche Erträge			119.290.229	166.462.646
davon aus festverzinslichen Wertpapieren		35.167.719		83.740.170
Ergebnis aus Finanzgeschäften			—	300.021
Sonstige betriebliche Erträge			618.689	187.812
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die als Finanzanlagen gehalten werden, auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen			—	2.320
davon Gewinne aus dem Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren, die als Finanzanlagen gehalten werden		—		2.320
Summe der Erträge			119.908.918	166.952.799

Bescheinigung über die prüferische Durchsicht des Zwischenabschlusses und Zwischenlageberichtes zum 30. Juni 2011

Wir haben den beiliegenden verkürzten Zwischenabschluss zum 30. Juni 2011 bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 30. Juni 2011 und dem Anhang für den Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 30. Juni 2011 („Zwischenabschluss“) der Hypo Pfandbriefbank International S.A. einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Zwischenabschlusses in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen in Luxemburg liegt in der Verantwortung des Verwaltungsrates. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht einen Bericht über den verkürzten Zwischenabschluss abzugeben.

Umfang der prüferischen Durchsicht Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Zwischenabschlusses in Übereinstimmung mit dem für Aufträge zur prüferischen Durchsicht geltenden International Standard on Review Engagements 2410 für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen durch den Abschlussprüfer, den maßgebenden Vorschriften und Verlautbarungen im Großherzogtum Luxemburg sowie den vom Institut des Réviseurs d'Entreprises (IRE) herausgegebenen Berufsgrundsätzen und Empfehlungen durchgeführt. Eine prüferische Durchsicht von Zwischenfinanzinformationen besteht aus der Befragung von Mitarbeitern der Gesellschaft, in erster Linie von für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeitern, analytischen und sonstigen Maßnahmen der prüferischen Durchsicht. Der Umfang einer prüferischen Durchsicht ist wesentlich geringer als derjenige einer Abschlussprüfung und bietet folglich nicht die Sicherheit, dass wir alle wesentlichen Aspekte erkennen, die im Rahmen einer Abschlussprüfung identifiziert worden wären. Wir haben keine Prüfung durchgeführt und erteilen aus diesem Grund kein Prüfungsurteil.

Ergebnis der prüferischen Durchsicht Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beiliegende verkürzte Zwischenabschluss zum 30. Juni 2011 in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen in Luxemburg dargestellt worden ist.

Bericht über den Zwischenlagebericht Der Zwischenlagebericht, welcher in der Verantwortung des Verwaltungsrates liegt, steht im Einklang mit dem verkürzten Zwischenabschluss

Luxemburg, 2. September 2011

KPMG Audit S.à r.l.
Cabinet de révision agréé

W. Ernst

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Halbjahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Im Zwischenlagebericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben werden.

Luxemburg, 2. September 2011

Dr. Matthias Achilles	John Cox
Geschäftsführer	Geschäftsführer
Mitglied des	Mitglied des
Verwaltungsrates	Verwaltungsrates

32	1. Allgemeine Anmerkungen	35	4. Angaben zu Passivposten
32	2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	35	4.1 Darstellung der Verbindlichkeiten zum 30. Juni 2011
32	3. Angaben zu Aktivposten	35	4.2 Darstellung der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
32	3.1 Darstellung der Vermögensgegenstände zum 30. Juni 2011	35	4.3 Sonstige Verbindlichkeiten
33	3.2 Darstellung der Forderungen bzw. Schuld- verschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere gegenüber verbundenen Unternehmen	35	4.4 Rechnungsabgrenzungsposten
33	3.3 Überblick über die Eigenmittelanforderungen gemäß CSSF-Rundschreiben 06/273	35	4.5 Rückstellungen
34	3.4 Informationen über Schuldner und Restlaufzeiten	35	4.6 Nachrangige Verbindlichkeiten
34	3.5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	36	4.7 Eigenkapital
34	3.6 Sonstige Vermögensgegenstände	36	5. Angaben zu außerbilanziellen Posten
34	3.7 Rechnungsabgrenzungsposten	37	6. Sonderangaben
		37	6.1 Deckungsrechnung für öffentliche Pfandbriefe
		37	6.2 Weitere Aufgliederung

Anhang

1. Allgemeine Anmerkungen

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. (HPBI) wurde am 27. Juli 1999 in Luxemburg unter ihrem ursprünglichen Namen Pfandbrief Bank International S.A. (PBI) gegründet. Am 14. September 1999 wurde vom Finanzminister des Großherzogtums Luxemburg die Lizenz für den Betrieb der Bank als Pfandbriefbank nach Luxemburger Recht (Banque d'émission de lettres de gage) erteilt.

Der Eintrag im Handelsregister erfolgte am 16. August 1999 unter der Nummer 71.104 (Sektion B). Die Rechtsgrundlage für den Betrieb einer Pfandbriefbank findet sich im „Gesetz vom 5. April 1993 über den Finanzsektor“ (in seiner derzeit gültigen Fassung) in den Artikeln 12–1 bis 12–9.

Gegründet wurde die Bank ursprünglich von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG (HVB) und deren deutschen Hypothekenbank-Töchtern mit jeweils gleich hohen Kapitalanteilen über eine Holdingkonstruktion. Im Rahmen der Neuordnung der HVB-Group im Jahr 2003 wurde die HPBI ein Tochterunternehmen der Hypo Real Estate Group. Seit dem 31. März 2008 werden alle Kapitalanteile der Bank vollständig von der DEPFA Bank plc, Dublin, (DEPFA) gehalten. Das gezeichnete Kapital der Bank ist voll eingezahlt.

Die HPBI Bank International S.A. wird in den Konzernabschluss der Hypo Real Estate Holding AG, München, (HRE Holding) sowie in den Teilkonzernabschluss der DEPFA einbezogen. Die Abschlüsse sind am Sitz der jeweiligen Gesellschaften verfügbar.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Zwischenabschluss zum 30. Juni 2011 wurde im Einklang mit den geltenden Regelungen im Großherzogtum Luxemburg und insbesondere mit dem Gesetz vom 17. Juni 1992 betreffend den Jahresabschluss und den Konzernabschluss von Kreditinstituten („Gesetz“) aufgestellt. Das vom Gesetz abweichende Gliederungsschema der Bilanz basiert auf der von der Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF) erarbeiteten Empfehlung zum Jahresabschluss für Pfandbriefbanken. Der Zwischenabschluss wurde unter der Prämisse der Unternehmensfortführung erstellt. Der Fortbestand der Gesellschaft ist weiterhin durch Risiken bedroht, die im Abschnitt 4.3 „Konzern- und unternehmensspezifische Rahmenbedingungen“ des Zwischenlageberichts dargestellt sind.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Unterstützungsmaßnahmen des Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), des Übergangs aller HRE Holding Aktien auf den SoFFin sowie der im Geschäftsjahr 2010 umgesetzten Maßnahmen, der augenblicklichen Refinanzierungssituation der HRE und der im Lagebericht dargestellten zukünftigen Chancen geht das Management zum Zeitpunkt der Aufstellung des Zwischenabschlusses von einer Fortführung der HRE und der Bank aus.

Die Kapitalwährung ist Euro (€).

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des letzten veröffentlichten Jahresabschlusses der HPBI finden weiterhin Anwendung.

3. Angaben zu Aktivposten

3.1 Darstellung der Vermögensgegenstände zum 30. Juni 2011

Fälligkeitsspiegel	Zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassene		Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden	
	Schuldtitel öffentlicher Stellen		(einschließlich Zentralbankguthaben)			
in Tsd €	30.06.2011	31.12.2010	30.06.2011	31.12.2010	30.06.2011	31.12.2010
Täglich fällig	–	–	95.627	278.671	–	–
Bis 3 Monate	–	50.000	24.853	42.011	–	–
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	–	–	92.843	23.993	41.421	50.000
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	105.000	105.000	214.976	206.534	137.759	126.319
Mehr als 5 Jahre	25.000	–	70.000	164.974	24.853	71.977
Summe	130.000	155.000	498.299	716.183	204.033	248.296

Die täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute beinhalten zum Bilanzstichtag keine nennenswerten Guthaben bei der Zentralbank.

3.2 Darstellung der Forderungen bzw. Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren gegenüber verbundenen Unternehmen

in Tsd €	30.06.2011	31.12.2010
Forderungen an Kreditinstitute	62.000	243.823
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25.150	50.150
Summe	87.150	293.973
Davon eigene Schuldverschreibungen	11.650	36.650

In Übereinstimmung mit Teil XVI Punkt 24 des nachträglich durch Rundschreiben 10/475 geänderten Rundschreibens 06/273 hat die CSSF der Bank auf Antrag die Erlaubnis erteilt, auf die Anrechnung der konzerninternen Geschäfte innerhalb der HRE bei der Ermittlung der Großkreditrisikokennziffer zu verzichten.

Alle von der Großkreditgrenze befreiten Forderungen bestehen gegenüber Unternehmen der Gruppe, die der konsolidierten Aufsicht über den in der HRE Holding AG zusammengefassten Konzern unterliegen.

3.3 Überblick über die Eigenmittelanforderungen gemäß CSSF-Rundschreiben 06/273

in Tsd €	Eigenmittelanforderungen
Eigenmittelanforderungen für Forderungen, die dem Standardansatz unterliegen	
Forderungen an Institute	3
Sonstige Aktiva	10
Eigenmittelanforderungen für Forderungen, die dem IRB-Ansatz unterliegen, mit eigener Schätzung der Verluste bei Ausfall und/oder Umrechnungsfaktoren (fortgeschrittener IRB-Ansatz)	
Forderungen an Zentralverwaltungen und -banken	4.254
Forderungen an Institute	5.199
Forderungen im Rahmen einer Verbriefung	2.979
Eigenmittelanforderung zur Deckung des Währungsrisikos	1.285
Eigenmittelanforderung zur Deckung des operationellen Risikos	2.423
Summe	16.153
Haftendes Eigenkapital	179.104
Eigenmittelquote (in %)	88,70

3.4 Informationen über Schuldner und Restlaufzeiten

Die Forderungen sowie die Schuldverschreibungen und die anderen festverzinslichen Wertpapiere (nach Abzug von Wertberichtigungen) gliedern sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

Restlaufzeit in Tsd €	≤ 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre ≤ 10 Jahre	> 10 Jahre	Summe
Kreditinstitute					
Europa	373.744	200.640	671.517	-	1.245.901
Japan	46.968	-	-	-	46.968
Kanada	14.118	-	-	-	14.118
Südkorea	-	6.810	19.885	-	26.695
USA	6.164	3.824	-	-	9.988
Summe	440.994	211.274	691.402	-	1.343.670
Öffentliche Kreditnehmer (ohne Kreditinstitute)					
Europa	119.320	415.653	304.218	309.769	1.148.960
Kanada	-	20.757	107.760	88.190	216.707
USA	4.318	9.667	4.593	498.864	517.442
Summe	123.638	446.077	416.571	896.823	1.883.109
Gesamtsumme	564.632	657.351	1.107.973	896.823	3.226.779

3.5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (nach Abzug von Wertberichtigungen)

in Tsd €	30.06.2011	31.12.2010
Börsennotierte Werte	2.139.418	2.256.755
Nicht börsennotierte Werte	255.028	274.524
Summe	2.394.446	2.531.279

Die innerhalb eines Jahres fällig werdenden Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere belaufen sich auf 159.778 Tsd. €.

Schuldverschreibungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die zur Refinanzierung bei einer Zentralbank der Eurozone zugelassen sind, belaufen sich am Stichtag auf nominal 1.383 Mio. €.

Sämtliche Schuldverschreibungen sind zum Stichtag, wie auch im Vorjahr, dem Finanzanlagebestand zugeordnet.

Der kumulierte Betrag der abgegrenzten Agien beträgt zum 30. Juni 2011 1.450 Tsd. €; abgegrenzte kumulierte Disagien werden i. H. v. 1.888 Tsd. € ausgewiesen. Zum 30. Juni 2011 bestanden Rücknahmeverpflichtungen aus Pensionsgeschäften i. H. v. 61.875 Tsd. €.

Für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes mit einem Nominalwert i. H. v. 1.602.492 Tsd. € (Marktwert 1.494.826 Tsd. €) wurden Wertberichtigungen auf den niedrigeren Kurswert nicht vorgenommen, da bisher keine Ausfälle oder Leistungsstörungen eingetreten sind bzw. erwartet werden.

3.6 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände i. H. v. 709 Tsd. € enthalten ausschließlich Steuererstattungsansprüche.

3.7 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten im Wesentlichen Zinsabgrenzungen und Disagioabgrenzungen aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft. Hierbei belaufen sich die Disagien aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft auf 676.583 Tsd. €.

4. Angaben zu Passivposten

4.1 Darstellung der Verbindlichkeiten zum 30. Juni 2011

Fälligkeitsspiegel in Tsd €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
	30.06.2011	31.12.2010	30.06.2011	31.12.2010
Täglich fällig	461.090	-	-	-
Bis 3 Monate	61.875	-	-	-
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	-	369.140	12.000	5.000
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	-	-	100.000	112.000
Mehr als 5 Jahre	-	-	1.485.097	1.485.097
Summe	522.965	369.140	1.597.097	1.602.097

Zum 30. Juni 2011 bestanden Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften gegenüber Kreditinstituten i. H. v. 61.875 Tsd. €.

Verbriefte Verbindlichkeiten / Öffentliche Pfandbriefe in Tsd €	30.06.2011	31.12.2010
Täglich fällig	-	-
Bis 3 Monate	-	-
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	410.378	884.196
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	999.087	728.200
Mehr als 5 Jahre	477.794	778.808
Summe	1.887.259	2.391.204

4.2 Darstellung der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen i. H. v. 395 Mio. € (Vorjahr: 320 Mio. €) aus kurzfristigen Geldhandelsgeschäften.

im Jahr 2009 gebildete Rückstellung von 1.839 Tsd. €, die auf einer langfristigen Verpflichtung im Zusammenhang mit der gewährten Liquiditätsunterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland beruht, bleibt auch per Ende Juni 2011 bestehen. Der Bestand der bisher nicht in Anspruch genommenen Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen beträgt zum Stichtag 568 Tsd. €.

4.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten i. H. v. 1.162 Tsd. € enthalten zum Stichtag ausstehende Zahlungsverpflichtungen, die überwiegend im Zusammenhang mit IT-Dienstleistungen (856 Tsd. €) sowie abzuführender Umsatzsteuer stehen.

4.6 Nachrangige Verbindlichkeiten

Per 28. Dezember 2000 hat die Bank eine „Stille Einlage“ i. H. v. 9 Mio. € hereingenommen. Die Laufzeit war unbegrenzt, die Verzinsung gewinnabhängig. Aufsichtsrechtlich war sie dem Ergänzungskapital 1. Ordnung zuzuordnen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2003 wurde die Stille Einlage in eine Nachrangemission umgewandelt; Verzinsung, Laufzeit und aufsichtsrechtliche Zuordnung blieben unverändert. Im Berichtszeitraum wurden für Zinsen 266 Tsd. € erfolgswirksam eingestellt.

4.4 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten im Wesentlichen Zinsabgrenzungen und Agioabgrenzungen.

Am 18. Mai 2001 hat die Bank Nachrangmittel über 15 Mio. € emittiert. Die Nachrangmittel wurden per 30. Januar 2002 um 10 Mio. € auf 25 Mio. € bei gleich lautenden Bedingungen aufgestockt. Die ab dem 18. Mai 2017 in Raten zurückzahlenden Nachrangmittel werden letztmals zum 18. Mai 2026 getilgt; die Verzinsung beläuft sich auf 6,8 % p. a. Im Berichtszeitraum wurden für Zinsen 850 Tsd. € erfolgswirksam eingestellt. Aufsichtsrechtlich sind diese Nachrangmittel dem Ergänzungskapital 2. Ordnung zuzuordnen.

4.5 Rückstellungen

Die ausgewiesenen anderen Rückstellungen wurden für am Stichtag bestehende Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit bestehenden Dienstleistungsverträgen i. H. v. 1.903 Tsd. €, für Personal sowie für Verpflichtungen gegenüber Dritten (Prüfungskosten, Beratungskosten etc.) gebildet. Die

4.7 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 66 Mio. € und ist in 66.000 nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Nach dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften muss die Bank jährlich einen Betrag i. H. v. wenigstens 5 % des jährlichen Nettogewinns einer gesetzlichen Rücklage zuführen, bis diese 10 % des gezeichneten Kapitals erreicht. Die gesetzliche Rücklage darf nicht ausgeschüttet werden. Zum Bilanzstichtag bestand eine gesetzliche Rücklage i. H. v. 2.445 Tsd. € sowie eine freie Rücklage über 42.608 Tsd. €.

Die Bank nutzt die steuerliche Möglichkeit der Anrechnung der Vermögensteuerzahllast, die voraussetzt, dass das Fünffache der Vermögensteuerzahllast in eine spezielle Gewinnrücklage eingestellt wird. Eine Ausschüttung dieser Rücklage ist für jeweils fünf Jahre nicht möglich, sofern die Vermögensteuer endgültig nicht mehr gezahlt werden soll. In den Rücklagen sind 11.475 Tsd. € für die Anrechnung der Vermögensteuer enthalten. Für das Berichtsjahr soll wiederum eine entsprechende Rücklagenzuführung vorgenommen werden.

5. Angaben zu außerbilanziellen Posten

Transaktionen in derivativen Instrumenten werden ausschließlich zu Sicherungszwecken im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung im OTC-Markt getätigt. Handelsgeschäfte mit Derivaten wurden nicht getätigt. Grundsätzlich wurden mit den Handelspartnern im Derivategeschäft Netting-Vereinbarungen zur Risikoreduktion getroffen.

Im Berichtszeitraum wurden Zins- und Währungsswaps i. H. v. nominal 273 Mio. € netto in die Deckung einbezogen. Mit den betreffenden Kontrahenten wurden vertragliche Vereinbarungen getroffen, die die Informations- bzw. weiteren Mitwirkungspflichten regeln. Das Verfahren ist aufsichtsrechtlich und mit dem Treuhänder abgestimmt.

Das Nominalvolumen der offenen nicht bilanzwirksamen Geschäfte belief sich zum 30. Juni 2011 auf 4.348 Mio. €, wovon auf verbundene Unternehmen 2.921 Mio. €

entfielen. Für das aus Derivaten resultierende Adressenausfallrisiko werden unter anderem die Bruttowiederbeschaffungswerte (Replacement-Costs) ermittelt. Diese errechnen sich als Summe aller positiven Marktwerte ohne Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen. Das so definierte Adressrisiko (maximales Ausfallrisiko) belief sich zum 30. Juni 2011 auf 501 Mio. € oder 11,53 % des ausstehenden Nominalvolumens.

Unter Berücksichtigung bankaufsichtsrechtlicher Maßstäbe, wonach für zukünftige potenzielle Risiken zusätzlich die Add-ons und ferner die adressenbezogene Risikogewichtung zugrunde gelegt werden, ergibt sich für den 30. Juni 2011 ein Adressrisiko nach der Marktwertmethode i. H. v. 42 Mio. €. Die HPBI wird auch zukünftig streng darauf achten, das Kontrahentenrisiko durch aktive Steuerung in einem engen Rahmen zu halten. Kontrahenten im Derivategeschäft sind ausschließlich OECD-Banken.

in Mio €	Nominal Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	Nominal Restlaufzeit ≤ 5 Jahre	Nominal Restlaufzeit > 5 Jahre	Summe Nominale	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Adress- risiken
Zinsbezogene Geschäfte							
Zinsswaps (gleiche Währung)	660	566	1.596	2.822	139	188	-
Zinsoptionen (Käufe)	29	72	-	101	1	1	-
Währungsbezogene Geschäfte							
Devisenswaps	597	-	-	597	-	-	-
Cross-Currency-Swaps	-	497	331	828	361	-	-
Summe	1.286	1.135	1.927	4.348	501	189	42*

*) wegen Netting-Vereinbarungen nicht aufteilbar

Die Derivate wurden nur zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Den obigen negativen Marktwerten stehen

entsprechende stille Reserven in den abgesicherten Grundgeschäften gegenüber.

6. Sonderangaben

Deckungsrechnung für den nach Art. 12-1 bis 12-9 des Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor bestehenden Deckungsbestand Die Angaben beschränken sich auf die Darstellung der öffentlichen Pfandbriefe. Hypothekendarlehen wurden nicht emittiert. Derivative Finanzinstrumente wurden am Bilanzstichtag zur Deckung mit einem Bestandwert von 273.462 Tsd. € herangezogen.

6.1 Deckungsrechnung für öffentliche Pfandbriefe

in Tsd €	30.06.2011
Deckungswerte	3.159.899
Ersatzdeckung Wertpapiere	45.400
Gesamtdeckung	3.205.299
Umlauf	
Inhabertitel	1.874.020
Namensartikel	926.088
Gesamtumlauf (deckungspflichtig)	2.800.108
Überdeckung	405.191

6.2 Weitere Aufgliederung

6.2.1 Deckungswerte

Ordentliche Deckung	in Tsd €	30.06.2011
Forderungen an Kreditinstitute Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite		402.673
Forderungen an Kunden Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite		334.033
Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten oder anderer Emittenten, die von öffentlichen Stellen garantiert sind		2.127.929
Gedekte öffentliche Inhaber-Pfandbriefe		21.802
Gedekte öffentliche Namens-Pfandbriefe		-
Derivative Produkte		273.462
Zwischensumme		3.159.899
Ersatzdeckung		
Andere Forderungen an Kreditinstitute		-
Schuldverschreibungen gemäß Art. 42 (3) OGAW-Gesetz		45.400
Summe		3.205.299

6.2.3 Barwertige Deckungsrechnung

in Mio €	Deckungsstock	Deckungspflichtige öffentliche Pfandbriefe ¹	Überdeckung	in %
Nominal	3.205	2.800	405	14,5
Barwertig ²	3.559	2.989	570	19,1
Barwertig, bei einer Verschiebung der Zinskurve				
um + 100 bp	3.346	2.810	536	19,1
um - 100 bp	3.795	3.185	610	19,2

1 Lettres de gage publiques; 2 mit ursprünglichen Credit Spreads berechnet

6.2.2 Deckungsbestand der Kommunaldarlehen

Aufgliederung der Größenklassen	Anzahl	in Tsd €
30.06.2011		
Bis 25 Mio €	33	333.088
Bis 50 Mio €	25	853.413
Bis 100 Mio €	14	915.342
Über 100 Mio €	8	1.103.456
Summe	80	3.205.299

Aufgliederung nach Ländern	in Tsd €	in %
Österreich	614.452	19,17
Deutschland	497.881	15,53
USA	490.349	15,30
Schweiz	372.794	11,63
Spanien	291.510	9,09
Irland	232.107	7,24
Kanada	216.706	6,76
Slowenien	80.000	2,50
Internationale Organisationen	68.049	2,12
Großbritannien	54.854	1,71
Italien	52.422	1,64
Japan	46.919	1,46
Finnland	45.400	1,42
Belgien	38.347	1,20
Slowakei	29.000	0,90
Südkorea	26.850	0,84
Polen	24.853	0,78
Frankreich	13.500	0,42
Luxemburg	8.303	0,26
Schweden	1.003	0,03
Summe	3.205.299	100,0

- 40 **Mitglieder des Verwaltungsrats**
- 40 **Geschäftsleiter der Bank im Berichtsjahr**
- 40 **Réviseur Spécial**

Gremien

Mitglieder des Verwaltungsrats

Cyril Dunne , Dublin Vorsitzender	Mitglied des Vorstandes der DEPFA Bank plc
Stephane Rio , Soisy sur Seine	Mitglied des Vorstandes der DEPFA Bank plc
Markus Fels , Rosenheim	Head of Group Finance der Deutsche Pfandbriefbank AG
Thomas Glynn , Wilton CT, USA seit 14. April 2011	Vorsitzender des Vorstandes der DEPFA Bank plc
Dr. Matthias Achilles , Oberursel	Administrateur-Délégué
John Cox , Howald seit 1. August 2011	Administrateur-Délégué

Geschäftsleiter der Bank

Dr. Matthias Achilles , Oberursel	Administrateur-Délégué
John Cox , Howald	Administrateur-Délégué

Réviseur Spécial

PricewaterhouseCoopers S.à.r.l.

Hypo Pfandbrief Bank International S.A.
4, rue Alphonse Weicker
L-2721 Luxembourg
Tel.: +352 26 41-47 00
Fax: +352 26 41-47 99
info@hpbi.lu
www.hpbi.lu